

Redaktionelle Anmerkung: Deutsche und englische Versionen in diesem Dokument / Editorial note: German and English versions in this document:

-German-

Jährliche Grundsatzklärung zur Menschenrechtsstrategie der Deutsche Telekom AG für das Geschäftsjahr 2024 mit Bezug zur Lieferkette gem. Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz („Jahresbericht LkSG“)

Diese Grundsatzklärung **ergänzt** die in unserem [„Menschenrechtskodex“](#) veröffentlichten **Elemente unserer Menschenrechtsstrategie inkl. Verfahrensbeschreibung**, um die im Rahmen der Risikoanalyse(n) **im Jahr 2024** festgestellten prioritären menschenrechtlichen und umweltbezogenen Risiken sowie die daraus abgeleiteten Erwartungen gegenüber unseren Mitarbeitenden und Zulieferfirmen.

Betrachtet wurden im Rahmen der angemessenen Umsetzung der jährlichen Sorgfaltspflichtenprozesse die Unternehmen des Konzerns Deutsche Telekom, bei denen die Deutsche Telekom AG einen bestimmenden Einfluss gemäß Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) im maßgeblichen Geschäftsjahr hatte (Konzerngesellschaften).

1. Festgestellte prioritäre menschen- und umweltbezogene Themenfelder mit potenziell negativen Auswirkungen in der Lieferkette¹

In den folgenden Themenfeldern sehen wir nach Durchführung der jährlichen Analyse die größten Risiken nachteiliger Auswirkungen auf Menschen und/oder Umwelt, die direkt oder indirekt im Zusammenhang mit unseren Geschäftsaktivitäten an unseren Standorten und in unseren globalen Lieferkette stehen.

Unsere Geschäftsaktivitäten im Geschäftsjahr 2024 bezogen sich insbesondere auf den Sektor der Informations- und Kommunikationstechnologien sowie Erbringung von Telekommunikationsdienstleistungen.

1.1. Risiken in den Konzerngesellschaften des eigenen Geschäftsbereichs:

Innerhalb des eigenen Geschäftsbereiches fokussierten sich unsere relevanten Aktivitäten auf die Erbringung von Telekommunikationsdienstleistungen, dem dazugehörigen Handel von Endprodukten inkl. Netzausbau, Betrieb und Wartung von Rechenzentren sowie weiterer TK-Anlagen und die Programmierung von Software inkl. Erbringung von Beratungsleistungen. Es bestanden keine relevanten Aktivitäten im Bereich der eigenständigen Herstellung von Endgeräten.

Aufgrund der bereits seit mehreren Jahren etablierten konzernweiten Sorgfaltspflichtenprozesse wurden Maßnahmen bereits umgesetzt, die etwaige abstrakte Risiken wirksam mittigeren. Nähere Erläuterungen haben wir in unserem [„Menschenrechtskodex“](#) veröffentlicht und berichten jährlich u.a. in unserem [„Corporate Responsibility Bericht“](#).

Daher haben wir im Geschäftsjahr lediglich **mittlere Risiken** für folgende Themenfelder identifiziert:

- **Verbot der Missachtung der Koalitionsfreiheit § 2 II Nr. 6 LkSG**
- **Missachtung von Arbeitsschutz und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren § 2 II Nr.5 LkSG**

¹ In dieser Grundsatzklärung wird die „Lieferkette“ gem. den Regelungen des deutschen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG) betrachtet; **nicht betrachtet** werden Auswirkungen unserer geschäftlichen Aktivitäten außerhalb dieser gesetzlich definierten Lieferkette, d.h. z.B. nach der Lieferung unserer Produkte oder Dienstleistungen an den Kunden (Nutzungsphase) sowie z.B. in der Entsorgungs-/Recyclingphase, für diese Phase der nachgelagerten Wertschöpfungskette stellen wir Informationen auf unserer Internetseite zur Verfügung

Diese mit mittlerem Risiko identifizierten Sachverhalte resultieren aus **bestehenden landesspezifischen Einschränkungen in der Ausübung des Rechts auf Koalitionsfreiheit, in der Form, dass rechtsstaatliche Grundsätze nicht oder nur unzureichend durchgesetzt werden.** Für den eigenen Geschäftsbereich wurden dabei **unsere Konzerngesellschaften in Indien und der Türkei identifiziert.**

Im Bereich „**arbeitsbedingte Gesundheitsgefahren**“ haben sektorspezifische Risiken (haltungsbedingte Schäden aufgrund von langem Sitzen am Bildschirm, fehlende organisatorische Maßnahmen zur Vermeidung von Überlastung) in Verbindung mit Risikoindikationen aus internen Quellen u.a. aus der im Jahr 2024 durchgeführten Mitarbeitenden-Befragung in einzelnen Gesellschaften in Indien und der Türkei zu einer mittleren Gesamtrisikobewertung geführt.

Unabhängig von bestehenden konkreten Risiken i.S.d. LkSG setzen wir zudem **aufgrund unserer Geschäftstätigkeit einen besonderen Schwerpunkt** auf das Thema **Datenschutz und Privatsphäre im digitalen Umfeld.** Datenverarbeitende IT-Dienstleistungen bieten potenziell Anlass zu Menschenrechtsverletzungen in Bezug auf die Privatsphäre von Endnutzenden und auch Beschäftigten. Derartige Dienste können beispielsweise persönliche Merkmale von betroffenen Personen erfassen, was zu Verletzungen der Privatsphäre und des Diskriminierungsverbots führen kann.

1.2. Risiken im Zuliefererbereich:

Bezogen auf den Bereich der Zulieferer wurden folgende Risikobereiche **hoch priorisiert:**

- **Missachtung des Verbotes von Zwangsarbeit § 2 II Nr. 3 LkSG**
- **Missachtung von Arbeitsschutz und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren § 2 II Nr. 5 LkSG**
- **Missachtung des Verbotes von Koalitionsfreiheit § 2 II Nr. 6 LkSG**
- **Vorenthalten eines angemessenen Lohns § 2 II Nr. 8 LkSG**
- **schädliche Boden-, Gewässer-, Luftverunreinigung § 2 II Nr. 9 LkSG**

Das Risiko der Missachtung des Verbotes von Zwangsarbeit wurde dabei ausschließlich bei mittelbaren Zulieferern identifiziert.

Die identifizierten Risiken innerhalb unseres **mittelbaren Zuliefererbereiches** basieren auf den Erkenntnissen der jährlichen und anlassbezogenen Risikoanalysen sowie auf bestehenden Erkenntnissen aus den seit mehreren Jahren durchgeführten Sorgfaltspflichtenprozessen wie z.B. Auditierungen. In der Gesamtschau haben wir im Wesentlichen dabei **hoch priorisierte Branchenrisiken, verursacht durch Subunternehmen, im Bereich der Erbringung von Tiefbauleistungen, der Gewinnung von mineralischen Rohstoffen zur Herstellung von Telekommunikationsprodukten sowie bei den Produktionsbedingungen in der Informations- und Kommunikationstechnologie-Industrie** sowie in der **Automobilindustrie** identifiziert.

Weil wir insbesondere in der mittelbaren Zuliefererkette im Bereich der Rohstoffbeschaffung (Konfliktmineralien) und deren Verarbeitung nur eine geringe Einflussmöglichkeit und Transparenz erlangen, schließen wir uns im Rahmen von Brancheninitiativen und Branchenstandards mit anderen Unternehmen zusammen z.B. der Initiative von Telekommunikationsunternehmen [„Joint Alliance for CSR \(JAC\)“](#), um die Einflussmöglichkeit auf die Verursachenden zu erhöhen.

2. Unsere Erwartungshaltung

In Kenntnis der unter 1. identifizierten Themenfelder und in Ergänzung und Bekräftigung der Inhalte unseres **Menschenrechtskodex**, richten wir an alle, die in der Deutsche Telekom AG oder einer Konzerngesellschaft beschäftigt sind sowie unsere Zulieferfirmen die folgenden LkSG-spezifischen Erwartungen:

Verbot von Zwangsarbeit und allen Formen der Sklaverei

Wir bekennen uns zum Verbot jeglicher Form von Zwangs- oder Pflichtarbeit sowie jegliche Form der Sklaverei, einschließlich moderner Formen der Sklaverei und Menschenhandel. Alle Unternehmenspraktiken sind mindestens an den ILO-Kernarbeitsnormen in ihren jeweils aktuellen Fassungen auszurichten.

Vereinigungsfreiheit und Recht auf Kollektivverhandlungen

Wir erkennen das Grundrecht auf Vereinigungsfreiheit und Kollektivverhandlungen sowie das Streikrecht im Rahmen der nationalen Regelungen und bestehender Vereinbarungen an. Darüber hinaus bekennen wir uns zu einer offenen und vertrauensvollen Zusammenarbeit mit demokratisch legitimierten Arbeitnehmendenvertretungen auf der Basis eines konstruktiven sozialen Dialogs und mit dem Ziel eines fairen Interessenausgleichs. Wir werden unsere Beschäftigten an der Ausübung dieser Rechte weder hindern noch einschränken. Die Androhung von Repressalien gegenüber Beschäftigten, die ihr Recht auf Selbstorganisation ausüben, wird weder akzeptiert noch toleriert.

Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz

Als arbeitgebendes Unternehmen gewährleisten wir Arbeitssicherheit und den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz für unsere Beschäftigten mindestens im Rahmen des anwendbaren Rechts und unterstützen eine ständige Weiterentwicklung zur Verbesserung der Arbeitswelt. Dies umfasst auch die Umsetzung von arbeitsorganisatorischen Maßnahmen zur Verhinderung übermäßiger körperlicher und geistiger Ermüdung in Bezug auf Arbeitszeiten und Ruhepausen. Wir halten die geltenden Vorgaben zur Arbeitssicherheit beim Einsatz von Beschäftigten aus Fremdfirmen ein.

Umweltschutz

Wir engagieren uns für den Umweltschutz und leisten insbesondere unseren Beitrag zur Eindämmung des Klimawandels und zur Einhaltung des Pariser Klimaschutzabkommens. Umweltrisikobetrachtungen sind integraler Bestandteil unserer umweltbezogenen Sorgfaltspflichtenprozesse auch im Rahmen von Merger & Acquisitions. Dabei werden alle Umweltbelange einbezogen, die durch unsere Geschäftsaktivitäten negativ beeinflusst werden, u.a. die Herbeiführung schädlicher Bodenveränderungen, Gewässer- und Luftverunreinigung, Lärmimmissionen oder übermäßiger Wasserverbrauch sowie Abholzung von Wäldern und Einschränkung der Biodiversität, welche zu einer erheblichen Beeinträchtigung der Gesundheit und/oder der natürlichen Lebensgrundlagen von Personen führen können.

Unsere integrierte Klimastrategie ruht auf vier Säulen: Emissionen aus der Wertschöpfungskette, erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Enablement. Für jede der vier Säulen verfolgen wir konkrete Zielsetzungen und berichten darüber. Ein konzernweites und zertifiziertes Umwelt-Managementsystem schafft die Grundlage für die Verankerung von umweltbezogenen Sorgfaltspflichten.

Angemessener Lohn

Wir achten das Recht auf eine faire und angemessene Entlohnung auf vertraglicher Basis, die sich an den jeweiligen gesetzlichen Mindestlöhnen am jeweiligen nationalen Arbeitsmarkt orientiert und es Beschäftigten ermöglicht, einen angemessenen Lebensunterhalt im Sinne der anerkannten menschenrechtlichen Referenzinstrumente wie z.B. Internationale Menschenrechtscharta der Vereinten Nationen insbesondere Artikel 7 Buchstabe a Ziffer ii des Internationalen Paktes vom 19. Dezember 1966 über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte zu sichern.

Gegenüber unseren unmittelbaren Zulieferfirmen, mit denen eine vertragliche Beziehung besteht, gehen wir insbesondere folgende Verpflichtungen ein und etablieren angemessene Maßnahmen zu deren Umsetzung:

- Wir erwarten seit vielen Jahren, dass sie sich ebenfalls zur Achtung der Menschenrechte und Umweltbelange bekennen und unsere dies bezogenen definierten Grundsätze und Erwartungen respektieren, sich risikobasiert zur Einrichtung angemessener Sorgfaltsprozesse verpflichten und diese Erwartungshaltung an ihre eigenen Lieferanten weitergeben.
- Wir etablieren Abläufe - bei Bedarf gemeinsam mit den Zulieferfirmen -, welche die Überprüfung der Einhaltung ermöglichen.
- Wir setzen uns insbesondere für eine verantwortungsvolle Beschaffung von Rohstoffen über die gesamte Lieferkette hinweg ein und verlangen von daher die Einhaltung von Standards im Umgang mit Metallen, insbesondere Konfliktmineralien. Wir unterstützen darüber hinaus insbesondere Initiativen zum Aufbau eines weltweiten Systems zur Verfolgung der Herkunft von Mineralien als sinnvollen Schritt zur Verbesserung der Transparenz in unserer gesamten Lieferkette.

Bonn 10. Dezember 2024

Vorstandsmitglieder Deutsche Telekom AG

Timotheus Höttges

Vorstandsvorsitzender

Ferri Abolhassan

Vorstandsmitglied
T-Systems

Birgit Bohle

Vorstandsmitglied Personal
und Recht, Arbeitsdirektorin

Srini Gopalan

Vorstandsmitglied
Deutschland

Christian P. Illek

Vorstandsmitglied Finanzen

Thorsten Langheim

Vorstandsmitglied
USA und Konzernentwicklung

Dominique Leroy

Vorstandsmitglied Europa

Claudia Nemat

Vorstandsmitglied
Technologie und Innovation

-english-

Annual Policy Statement on the human rights strategy of Deutsche Telekom AG for the 2024 financial year in regard to its supply chain in accordance with the German “Act on Corporate due Diligence Obligations for the prevention of Human Rights Violations in Supply Chains” (“Annual report LkSG”)

This Policy Statement **complements** the elements of our human rights strategy incl. description of procedure published in our [“Code of Human Rights”](#) listing the priority human rights and environment-related risks identified on the basis of the risk analyses carried out in **2024** and the expectations we place on our employees and suppliers based on these risk analyses.

When monitoring the adequate implementation of the annual due diligence processes, all companies in the Deutsche Telekom Group were considered on which Deutsche Telekom AG exercises a decisive influence in accordance with the Supply Chain Due Diligence Act in the financial year in question (“Group-companies”).

1. Priority human rights and environment-related issues identified with a potentially negative impact in the supply chain²

After carrying out our annual analysis, we consider that the following areas that are directly or indirectly related to our business activities at our sites and in our global supply chain represent the greatest risk of a negative impact on people and/or the environment.

Our business activities in the 2024 financial year involved the information and communication technology industry and the provision of telecommunications services.

1.1. Risks at Group-companies in our own business area:

Within our own business area, our relevant activities were focused on the provision of telecommunications services, the associated trade in end products, including network build-out, operation and maintenance of data centers and other telecommunications equipment, and the programming of software, including the provision of consultancy services. There was no relevant activity in the form of in-house manufacturing of devices.

Due to the due diligence processes that have already been established throughout the Group for a number of years, measures have already been implemented that effectively mitigate potential abstract risks. We have published further details in the “Code of Human Rights”, and we provide annual reporting including in our e.g. [Corporate Responsibility Report](#)“.

As a result, during the financial year in question, we only identified **medium risks** in the following areas:

- **prohibition of disregarding the freedom of association, § 2 II no. 6 LkSG**
- **work-related health hazards, § 2 II no. 5 LkSG**

²This Policy Statement addresses the “supply chain” in accordance with the regulations in the German Supply Chain Due Diligence Act/ LkSG; it does not address the impact of our business activities outside of this legally defined supply chain, i.e., following delivery of our products or services to the customer (use phase) or in the disposal/recycling phase; we provide information on this phase of the downstream value chain on our website <https://www.telekom.com/en/corporate-responsibility/governance/details/human-rights-362212>

The issues identified as posing a medium risk are due to **existing country-specific limitations in the exercise of the right of freedom of association**, in a way that means that the **principles of the rule of law cannot be enforced or can only be insufficiently enforced**. With regards to our own business area, we identified our companies in India and Turkey.

In the area of **‘work-related health hazards’, sector-specific risks** (posture-related damage due to prolonged sitting at a computer screen, lack of organizational measures to prevent overexertion) in conjunction with risk indications from internal sources, including the employee survey conducted in **2024 in companies in India and Turkey, led to a medium overall risk assessment**.

Regardless of existing specific risks within the meaning of the Supply Chain Due Diligence Act, based on our business activities we also focus in particular on the topic of **data protection and privacy in the digital world**. IT services that process data offer a potential opportunity for violations of human rights in regard to the privacy of end users and also employees. Services of this type could, for example, gather personal characteristics of affected persons, which could lead to violations of privacy and of the prohibition of discrimination.

1.2. Risks in regard to suppliers:

In regard to our suppliers, we have identified the following **high-priority risks**:

- **prohibition of the employment of persons in forced labor** § 2 II Nr. 3 LkSG
- **disregarding occupational safety and work-related health hazards**, § 2 II no. 5 LkSG
- **prohibition of disregarding the freedom of association**, § 2 II no. 6 LkSG
- **prohibition of withholding an adequate living wage**, § 2 II no. 8 LkSG
- **harmful soil change, water pollution, air pollution** § 2 II no. 9 LkSG

Prohibition of the employment of persons in forced labor was only identified for indirect supplier.

The risks we have identified that are relevant to the Supply Chain Due Diligence Act among our **indirect suppliers** are based on the results of ad hoc risk analyses and knowledge from the due diligence processes we have carried out for several years, such as auditing. In the overall assessment, we have identified **high-priority industry risks caused by subcontractors and related to the provision of construction services, obtaining mineral resources for the manufacture of telecommunications products, the overall working conditions in information- and communication technology sector** as well as in the **automotive sector**.

We are aware that, in particular in our indirect supply chain in the area of raw material procurement (conflict minerals) and the processing of these, we have low levels of potential influence and of transparency. We therefore join forces with other enterprises in sector initiatives and sector standards e.g. [„Joint Alliance for CSR \(JAC\)“](#) in order to increase our ability to influence the entity responsible.

2. Our expectations

In our awareness of the areas identified in section 1, and in order to expand on and reinforce the content of our [“Code of Human Rights”](#), we place the following expectations on all those who are employed by Deutsche Telekom AG or by a Group-company and on our suppliers:

Prohibition of forced labor and all forms of slavery

We are expressly committed to the prohibition of all forms of forced or compulsory labor and all forms of slavery, including modern slavery and trafficking in human beings. All employer practices are, as a minimum, to be aligned with the current version of the ILO core labor standards.

Freedom of association and the right to collective bargaining

We recognize the fundamental rights of association and to collective bargaining, as well as the right to strike within the framework of national regulations and existing agreements. In addition, we are committed to cooperating with legitimate, democratically elected employee representatives in an open and trusting manner based on constructive social dialog, with the aim of achieving a fair balance of interests. We will not prevent our employees from or restrict them in exercising these rights. We do not accept or tolerate the threat of reprisals against employees making use of their right to self-organization.

Occupational safety and health protection at work

As an employer, we provide occupational safety and health protection at work for our employees that is at least compliant with applicable law, and we support ongoing developments aimed at improving the world of work. This includes the implementation of appropriate work organization to prevent excessive physical and mental fatigue in terms of working hours and rest breaks. We comply with the regulations on occupational safety when using employees from contractor firms.

Environmental protection

We are dedicated to environmental protection and contribute in particular to helping mitigate climate change and achieving compliance with the Paris Climate Agreement. Environmental risk assessments are an integral component of our environment-related due diligence processes, including during mergers and acquisitions. These assessments include all environmental issues on which our business activities may have a negative impact, including e.g. actions causing harmful soil changes, water or air pollution, harmful noise emission, or excessive water consumption, or deforestation and loss of biodiversity which may significantly impair the health and/or the natural bases for livelihood of a person.

Our integrated climate strategy is based on four pillars: Emissions from the value chain; renewable energy; energy efficiency; and enablement. We set concrete objectives for each of the four pillars, and report on these. We have a group-wide environmental management system, which provides the basis for anchoring environmental due diligence.

Adequate living wage

We respect the right to a fair and appropriate contractual remuneration that reflects the legal minimum wage on the national labor market and that, at the very least, provides employees with a decent standard of living livelihood in terms of the international reference tools e.g. „International Bill of Human Rights“ especially with regards to Article 7 letter a) number ii) of the „International Covenant on Civil and Political Rights“ from December 19th 1966.

We expect, in particular, the following obligations from direct suppliers with whom we have a contractual relationship, and we put appropriate measures in place to ensure that these obligations are met:

- For many years, we have expected our suppliers also to commit to respecting human rights and environmental concerns, and to observe our principles and expectations on these matters, to undertake to establish appropriate due diligence processes based on risk, and to pass on these expectations to their own suppliers.
- We establish review processes- if required together with the suppliers - that enable compliance with these expectations.
- We work in particular to ensure responsible procurement of raw materials throughout our supply chain, and therefore require compliance with standards on the handling of metals, especially conflict minerals. Beyond that, we support, in particular, initiatives aimed at creating a global system for monitoring the origins of minerals, which we consider a useful step towards improving transparency throughout our supply chain.

Bonn, December 10th , 2024

Board of Management, Deutsche Telekom AG

Timotheus Höttges

Chairman of the Board of Management, CEO

Ferri Abolhassan

Board member
T-Systems

Birgit Bohle

Board member for Human Resources and Legal Affairs,
Labor Director

Srini Gopalan

Board member for
Germany

Christian P. Illek

Board member Finance

Thorsten Langheim

Board member USA and Group
Development Deutsche
Telekom AG

Dominique Leroy

Board member Europe

Claudia Nemat

Board member Technology and
Innovation